

Der Deutsche Metallarbeiter

Erstausgabe wöchentlich Sonntags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeter gelten für Arbeitstage 1.00 M. Belegpreis u. Privatansagen 1.20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion Sonntags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 9

Duisburg, den 26. Februar 1921

22. Jahrgang

Zur Neuwahl der Betriebsräte, Arbeiterräte u. Betriebsobmänner

Die Amtsdauer der erstmalig nach dem Betriebsrätegesetz gewählten Vertreter steht vor dem Ablauf. Bekanntlich beträgt die Wahlperiode nur ein Jahr. Das V.-M.-G. ist am 4. Februar 1920 in Kraft getreten. Nach den Ausführungsbestimmungen dieses Gesetzes sollten die ersten Wahlen spätestens sechs Wochen nach dessen Inkrafttreten eingeleitet sein. Der Zeitraum der eigentlichen Wahl beträgt drei Wochen. Spätestens bis zur ersten Woche im Monat April 1920 hätten darum alle Wahlen getätigt sein müssen. Jedoch sind eine Reihe Wahlen verschoben worden; so durch die Märzruhen, durch Säumigkeit, Verigerung von räumlichen Arbeitsgebern und aus anderen Gründen mehr. Die gewählten Betriebsräte haben nach Par. 23 des Gesetzes vier Wochen vor Ablauf ihrer Amtsdauer einen Wahlvorstand zu wählen, der die Neuwahlen einzuleiten hat.

Es ist nun Aufgabe der Gewerkschaften, die Wahlen durchzuführen; gut bewährte Vertreter zur Wiederwahl zu bringen, oder neue und weitere geeignete Vertreter auszusuchen sowie eigene Wahlvorschriften rechtzeitig einzureichen. Die Räte selbst können dieses bekanntlich nicht. Sie können sich ebensowenig selbst wählen, wie die Vertreter und Fraktionen zum Reichstag oder zu sonstigen Parlamenten. Niemehr ist dieses bei politischen Wahlen Aufgabe der Parteien und bei den vorliegenden wirtschaftlichen Wahlen Aufgabe der Gewerkschaften. Natürlich sollen und müssen unsere seither gewählten Vertreter dabei nach Kräften mithelfen.

Ueber die Bedeutung der Betriebsratswahlen braucht kaum noch ein Wort verloren zu werden. Die einjährige Wirksamkeit des Gesetzes spricht hierüber Bände. Ueberspannungen sozialdemokratischer, kommunistischer, syndikalistischer und ähnlicher Räte, zeigen deutlich, wohin die Reise geht. Sozialdemokratische unabhängige Gewerkschaftsbücher sprechen es schon seit Monaten selber offen aus, daß in den eigenen Gemütern die „Gelben“ wieder angeht. So endigt also der Nihilismus oder die Enttäuschung ob der sozialdemokratisch-kommunistischen Agitationschlagerei, im Schmierbeutelum, in Bestechlichkeit, wie im glatten Verrat der Arbeiterklasse. Fast allerwärts, wo in Betrieben, Städten oder Industriegebieten längere Zeit sozialdemokratische Hochburgen bestanden, da sind schon starke Teile dieser Arbeiterklasse auf der letzten Sprosse angelangt. So belm Anarchismus, oder sie haben den Sturz in den „gelben“ Sumpf schon hinter sich. Das ist die ganz natürliche Frucht der sozialdemokratischen Erziehung, dieses unglückseligen Ideenpunks und der revolutionären Ausartungen. Das alte Bild! Denn es hat bekanntlich noch jede Revolution ihre eigenen Kinder selbst aufgefressen! An und für sich wäre dieses ja auch weiter nicht schlimm. Aber wie ein einzig faules Ei den ganzen Eimer verdirbt, so könnte die Arbeiterklasse auch in den Betrieben die ganze Rechte des V.-M.-G. an den Nagel hängen, wenn mehrere oder auch nur eines von diesen bebauerlichen Geschöpfen gewählt würde. Diesen beiden Extremen muß deshalb bei den kommenden Wahlen dadurch gründlich ihr Handwerk gelegt werden, daß nur zuverlässige Gewerkschafter, möglichst nur aus unsern Reihen als Betriebsvertreter gewählt werden.

Umso mehr auch, als heute schon da und dort versucht wird, ohne eine kaum nennenswerte Preisentwertung die Löhne abzubauen, sowie auch sonst die Tarifverträge zu erschüttern und an anderen erzielten berechtigten Verbesserungen der Arbeiterklasse zu rütteln. Weiter kommt hinzu, daß die Ausdehnung der Räteidee zu Bezirksarbeiterräten, zum Reichsarbeiterrat, zu Wirtschaftsämtern usw. aufsteigend im Werden begriffen ist. Durch das Diktum unserer Helnde im sogenannten Friedensvertrag werden weitere wirtschaftliche Erschütterungen ganz bestimmt kommen. All diese Fragen stellen die jetzt zu wählenden Räte vor neue große Aufgaben. Schon allein die Bildung der Betriebsräte und des Reichsarbeiterrates, die von unten, von den Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten und den Betriebsobmännern erfolgen soll, besagt der christlich-nationalen Arbeitnehmerschaft, was sie bei der nächsten Betriebsratswahl in jedem Betrieb, ob groß oder klein, unbedingt tun muß. Denn auf jeden einzelnen Vertreter, wie auf jede einzelne Stimme kann es ankommen.

Unsere Vertreterschaften und Mitglieder sollen daher allernächst die Wahlvorschriften gut beachten. Möglichst auch dafür sorgen, daß sie angemessen im Wahl-

vorstand vertreten sind oder doch wenigstens einen genügenden Einfluß auf diesen ausüben. Die Festsetzung der Wahlzeitpunkte, der Wahlperiode, sowie die Art und des Ortes der Stimmenabgabe, kann nach dem Wohl oder Wehe bestimmter Parteien erfolgen. So ist wiederholt festgestellt worden, daß sozialdemokratisch beeinflusste Wahlvorstände die Wahlen so leiten, daß der christlich organisierte Teil der Belegschaft überhaupt nicht oder nur sehr erschwert sein Wahlrecht ausüben konnte. Dagegen war dem sozialdemokratischen Teil das größte Entgegenkommen bereitet worden. Es sei deshalb darauf verwiesen, daß die Wahl an mehreren Tagen vorzunehmen und die Abgabe der Stimmen an mehreren Stellen erfolgen kann; je wie dieses in den einzelnen Betrieben notwendig oder zweckmäßig ist.

Soweit wie nur eben möglich, sollten wir ferner in allen Betrieben grundsätzlich nur eigene Wahlvorschriften aufstellen und uns nur da auf Verständigungen einlassen, wo wir diese auch wirklich verantworten können. Das Aufstellen eigener Wahlvorschriften versteht sich jedoch für uns nur in Gemeinschaft mit anderen christlichen Berufsverbänden; d. h. wenn solche im Betrieb vertreten sind. Sonst stellen wir von unserm Christlichen Metallarbeiterverband eine Wahlvorschrift allein auf. Bei den weiteren Wahlen zum Betriebsrat ist dann eine vorherige Verständigung auch mit den schließl. im Betrieb vorhandenen Angestellten- und Beamtenvereinigungen unserer Deutschen Gewerkschaftsbundes unbedingt nachzusuchen. Auch bei den erstmaligen Gruppenwahlen, wenn sie auch in der Regel für die Arbeitervertreter und für die Angestelltenvertreter getrennt stattfinden, können manche Vorarbeiten zu den Wahlen, wie auch der Wahlkampf, gemeinschaftlich geführt werden.

Die Aufstellung geeigneter Kandidaten oder Kandidatinnen erfordert nicht minder größte Beachtung. Mitglieder, die seither schon gewählt waren, Fähigkeit und guten Willen bekundet und schon einige Erfahrungen hinter sich haben, die sollten an erster Stelle auch bei den Neuwahlen wieder berücksichtigt werden. Wer nicht mit diesen zufrieden war, der sollte die natürlichen Schwierigkeiten und die Hindernisse der ersten Räte berücksichtigen. Kritiker sind ja stets leichter gemessen als das Bessermachen! Wer unternimmt oder unfähig für ein solches Amt sein sollte, der wird wohl schon von selbst zurücktreten und besseren Vertretern Platz machen. Im übrigen sollten sich unsere seitherigen Vertreter, wenn sie auf dem Posten gewesen sind, nicht von dem Gedanken leiten lassen, auf eine Wiederwahl zu verzichten. Dieses kommt zumeist daher, daß ihre Müheverwertung statt Anerkennung oft nur Unbald gefunden. Wir einer berechtigten gut gemeinten Kritik muß sich jeder abfinden. Im Interesse der Sache ist sie nur zu begrüßen. Möglichen oder gar unberechtigten Verdächtigungen sind hingegen vom Uebel. Aber sie sind noch lange kein Grund, um nunmehr die Plume ins Korn zu werfen und überhaupt nicht mehr mitzutun. Der Idealismus muß hier höher stehen als solche Eitelkeiten, die sich in der Regel von selbst richten und verurteilen.

Bei den ersten Wahlen zu den V. R. im verfloffenen Jahr erhielt unser Christlicher Metallarbeiterverband allein in 2239 erfaßten Betrieben 4682 Betriebsräte, Arbeiterräte und Betriebsobmänner, ohne die Ergänzungsglieder. Nach Lage der Verhältnisse war dieses Ergebnis gut und berechtigt zu den besten Hoffnungen für die Zukunft. In einer ganzen Reihe von Betrieben, selbst in sozialdemokratischen Hochburgen, entfielen auf unsere Wahlvorschriften oft doppelt, ja dreimal mehr Stimmen als wir mit Mitgliedern in den christlich organisierten Betrieben überhaupt oertraten waren. Also ein erneuter Beweis, daß in den sozialdemokratischen Verbänden noch manche stecken, die innerlich zu uns gehören und daß auch weiter sozialdemokratische Anhänger zu unsern Bestrebungen und zu unsern aufgestellten Vertretern mehr Vertrauen haben als zu den eigenen. Erfüllen nun bei den neuen Betriebsratswahlen allernächst unsere Mitglieder ihre Pflicht, betreten sie rechtzeitig, gut und geschickt die Wahlen vor, dann wird das Ergebnis der zweiten Wahl noch ein weit besseres für uns werden. Die ureigensten Interessen unserer Arbeiterklasse wie unsere allgemeinen Verhältnisse erfordern dieses gebieterisch. Darum:

Auf! an die Arbeit! zu den Betriebsratswahlen!

Probleme der Sozialisierung II.

Sozialistischer Begriff und wirtschaftliche Voraussetzung.

Die wahre Sozialisierung ist die große Kulturart der Menschheit, vielleicht die letzte, die sie tun wird, denn sie bedingt eine vollständige Umwertung nicht nur aller jetzt geltenden, sondern auch durch den egoistischen und extrem individualistischen Geist geborenen sogenannten Werte. Die richtige und im höchsten Maße soziale Grundlage der Sozialisierung verlangt eine geistige „Revolutionierung“ der Menschheit in einem solchen Ausmaße, daß wir jetzt uns fast vergeblich nach ihren Anfängen umdrehen. Sie verlangt eine Veränderung des materialistischen Geistes unserer Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung, des Auspielens des Menschen gegen die Ware Geld, des Unterdrückens des stüchtigen Mölts auf Kosten der Menschheit, und auch eine geistige Veränderung in jedem einzelnen Stand, jedem einzelnen Beruf und in jedem Jh. Das Emportreiben des Einzelinteresses auf Kosten der Gesamtheit unter Bildung einer sogenannten Hausmoral, die mit dem stüchtigen Prinzip ebensowenig zu tun hat, wie der kapitalistische Geist auch, ist das größte Hemmnis für die Grundlage der Sozialisierung.

Der Vorsitzende des sozialistischen Metallarbeiterverbandes Vorhölzer, unterführt auf der letzten Vertretersitzung in Stuttgart den Wunsch des Einzelinteresses an der Sozialisierung (Metallarbeiterztg. Nr. 6) und sagte:

Die Materialisten wollen Sozialisierung, weil sie glauben, dadurch billere Arbeitsbedingungen zu erreichen; die anderen wollen die Sozialisierung, weil sie der Ansicht sind, dadurch billigeren Löhnen zu erhalten.

Vorhölzer behauptet damit eine der Quellen des Sozialisierungsgebodens, nämlich den Sonstwunsch einer Klasse, die bis dahin nicht ihr volles Recht gefunden hatte. Der letzte Grund der Sozialisierungsfrage liegt nicht allein in der Wirtschaft, sondern vielmehr in der Weltanschauung. Das Sonderinteresse einer Klasse, das sich zum Allgemeinwillen aufwerfen möchte, hat seinen tiefsten Grund in der aus dem Einzelinteresse, gleich ob es das Individuum oder eine Klasse betrifft, geborenen materialistischen Weltanschauung. Und dieses Sonderinteresse wird auch von seinem engeren Standpunkt aus die Sozialisierungsfrage betreffen. Das allgemein menschliche Prinzip das sich gründet auf höchste stüchtige Motive, auf die Verinnerlichung jedes einzelnen, auf das Unterwerfen der Einzelforderung unter die Gesamtforderung, wird bedingt durch die weltanschauliche Idee, wie sie das Christentum vertritt und wodurch der Gedanke der Sozialisierung zu einer Menschheitswahrheit des Geistes und des Ethos emporgehoben wird.

Aus diesen beiden angegebenen Motiven heraus stehen also die Begriffe der Sozialisierung und die Einstellung von Klassen und von der Menschheit zu ihr. Wir wollen hier zunächst die sozialistische Auffassung betrachten. Auch in der Stellungnahme von Marx zur Sozialisierung zeigen sich zwar wirtschaftliche Motive als treibende Kräfte, ihr Grund und Boden aber ist die von ihm zusammengefaßte

materialistische Weltanschauung, die nichts anderes ist, als eine in starker Konzentration gegebene Darstellung der egoistisch-materialistischen Tendenzen in der Menschheitsseele und in der äußeren Menschheitsgeschichte.

Um die sozialistische Stellungnahme zur Sozialisierung klar zu sehen, erscheint es angebracht, kurz die materialistische Weltanschauung darzustellen.

Sie wurde imponieren in ihrer ursprünglichen Form durch ihren streng geschlossenen Aufbau, aber sie erreicht ihre sichtbar einfache Erklärung des historischen Verlaufs nur durch die Einführung des unklaren Sammelbegriffes der sich selbst zielstrebig verändernden Produktionskräfte. Sie hat zum Teil urendig gewirkt, wie Brandenburg sagt, weil sie mit Kraft und Einseitigkeit einen früher in seiner Bedeutung für die Gesamtentwicklung oft übersehenen Teil des Ursachenkomplexes, nämlich den wirtschaftlichen, in den Vordergrund des Interesses hob und die Aufmerksamkeit in verstärktem Maße auf die oft vernachlässigte und doch so außerordentlich wichtige Erscheinung der sozialen Klassenbildung legte. Unverändert angewandt schafft sie aber ein Fehrbild der Geschichte. Sie ist nicht auf Grund eingehender Kenntnis und Erforschung der Tatsachen entstanden, sondern aus einer lähnen und schnellen Verallgemeinerung einzelner Beobachtungen. In-

dem sie aber die Geschichte in ein einfaches Schema bannen, sie also berechenbar machen wollte, sah sie sich genötigt, die schöpferische Macht des Menschengesetzes zu leugnen, die doch ewig unberechenbar bleibt und ohne die sich kein großes Menschenwerk, auch nicht in Wirtschaft und Gesellschaft begreifen läßt.

Da die materialistische Geschichtsauffassung den übernatürlichen Zweck des Menschen und das Prinzip der höchsten sittlichen Norm verwirft oder dem Wirtschaftlichen unterstellt, behüte sie den Klassenkampf und Klassenhaß noch weiter aus.

Aus dem Dogma der materialistischen Geschichtsauffassung ergab sich bei Marx auch die Naturnotwendigkeit in der Entwicklung der Wirtschaftsgeschichte.

Wie alles Setende in sich die Keime seiner Zerschlagung trägt, die schließlich zu einer vollständigen Auflösung führen müssen, so trägt auch die heutige kapitalistische Produktionsordnung nach Marx die Keime ihrer eigenen Auflösung und Zerschlagung in sich, die bedingt sind durch die „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ und durch die jämmerlichen Wohnverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung. Beide zusammen stellen den Zerlegungsprozess der kapitalistischen Wirtschaft dar, in dem diese sich selbst zerstört, worauf dann als ihre Verneinung aus den Trümmern der heutigen kapitalistischen Produktionsordnung die zukünftige sozialistische Gesellschaftsordnung von selbst entstehen wird.

Welche Momente haben sich heute schon als historisch and wirtschaftspolitisch falsch erwiesen, ja sogar das Gegenteil ist eingetreten.

Marx hatte sich in starker Einseitigkeit auf die naturwunderlich bedingte Folge der Wirtschaftsercheinungen festgelegt, die selbst ohne Zutun irgend einer Macht sich entwickeln und vollziehen würden. Die sozialistische Gesellschaftsordnung ist einfach eine reife Frucht, die dem bedrängten Proletariat eines guten Tages in den Schoß fallen sollte. Der große psychologische Fehler bei Marx war der, daß er den geistigen und sittlichen Untergrund des sozialen Gedankens unberücksichtigt ließ und die Massen vor die Inkonsistenz der Gedanken stellte, daß die Ausbeutung keine willkürliche Institution, sondern eine unvermeidliche notwendige Tatsache ist, die dem Kapitalisten vorstellhaft, dem Arbeiter eine Quelle des Leidens, aber an sich ebensowenig sittlich wie unsittlich zu nennen ist.

Wenn diese kapitalistische Ordnung weder sittlich noch anständig, sondern indifferent war, warum denn solche Worte von Menschenrechten und Freiheit? Die christliche Weltordnung empfand jede Ausbeutung als Unrecht und unsittlich und verdammt sie aufs schärfste.

In dem einen war Marx unbestreitbar allen seinen Epigonen, Nachzoglern und den Gewaltsozialisierern weit voraus, daß er erst den

Zustand vollendeter technischer und produktiver Reife des Kapitalismus

Als die Grundlage zur Sozialisierung überhaupt darstellte. Er betonte ausdrücklich in der Vorrede seiner „Kritik der politischen Ökonomie“:

Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktionskräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebildet worden sind.

Diesen Grundstein marxistischer Lehre erlauben sich natürlich seine Nachfahren und besonders die Novemberkommunisten, die bei jeder Gelegenheit die Hand auf das Marx'sche Evangelium legen und auf ihn schwören, einfach zu ignorieren, weil es ihnen nicht in den Kram paßt. Diesen „Merkel'schen Reformator“ liest der sozialistische Bergarbeiterführer Otto Rose schwer das Kapitel und sagt ausdrücklich, daß nach Marx eine Sozialisierung nur möglich sei bei einer Höchstleistung der Produktion und bei einer Hochblüte der Wirtschaft. Wo ist das heute? Wie steht unsere Wirtschaft? Ist allein aus dem Grunde eine Sozialisierung möglich? Unsere Kollegen werden sich die Frage selbst beantworten können.

Wie sich die Sozialisten und wie sich selbst Marx eine sozialisierte Wirtschaft vorstellt, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, welche wirtschaftlichen und seelischen Grundbedingungen beachtet werden müssen, darüber hat man sich wenig Kopfschmerzen gemacht. Der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus hat wohlweislich diese Gedanken wie „Perlen“ verstreut und wenn man sie zusammenstellt, kommt ungefähr folgendes Bild heraus:

Keine kapitalistische, sondern eine gesellschaftliche Produktion, d. h. für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Darum keine kapitalistischen Unternehmer und von den Kapitalisten bestellte Unternehmensleiter, sondern von der sozialistischen Gesellschaft bestellte Unternehmensleiter.

Beides steht voraus die Ueberleitung der Produktionsmittel aus kapitalistischem Eigentum in gesellschaftliches Eigentum.

Um diese drei Angelpunkte kreift der ganze sozialistische Sozialisierungsgedanke und aus ihnen ergeben sich auch die weiteren Folgerungen. Wie sich der Sozialismus die neue Gesellschaft, ihre Ordnung, die gesellschaftliche Produktionsweise usw. vorstellt, das sind auch für ihn unbestimmte Begriffe, deren Erklärung der Sozialismus schuldig bleibt, um deren vage Ideen halber aber die sozialistische Klasse von einem Zaumel in den anderen gejagt wird.

Das wichtige Kapitel der Rentabilität der Staatsbetriebe wird stets mit einem Salvo mortale umgangen, denn das ist der Punkt, wo die neue soziali-

stische Wirtschaftsform sterblich ist. Vorhölzer sagt laut „Metallarbeiterzeitung“, (Nr. 6) sehr treffend:

Für alle kommunalen und Staatsbetriebe muß das Wort von Webel an die Spitze gestellt werden, daß der Schornstein rauchen muß und zwar mehr als vorher . . .

Im allgemeinen aber denkt sich jeder Sozialist unter Sozialisierung etwas anderes, der eine dies, der andere das und dann glaubt man mit einem solchen Conglomerat die neue Wirtschaft aufzubauen.

Der sozialistische Gedanke der Sozialisierung ist aus dem Einzelinteresse, aus dem Wunsch nach der Herrschaft einer Klasse geboren und auch die Idee der sozialistischen Gesellschaft ist nichts anderes, als die Zusammenfassung aller sozialistisch Denkenden, wobei dann das System sich im Grunde decken würde mit dem Sowjetssystem Rußlands. Das wirtschaftliche sozialistische System ist noch nicht einmal in der Theorie durchdacht und wo es in die Praxis trotzdem umgesetzt wurde, gibt es Defizits, die dann die Bevölkerung durch Steuern wieder anzubringen hat. Die wirkliche Sozialisierung aber muß geboren werden aus dem Gesamtinteresse und aus einer vertieften Auffassung des sozialen und sittlichen Gedankens.

Ententeforderungen und deutsche Zahlungsbilanz

Die Sachverständigenkonferenz im Auswärtigen Amt hat sich mit den wirtschaftlichen Wirkungen der Pariser Beschlüsse befaßt und die Frage erörtert, welche wirtschaftlichen Grundbedingungen für die Ausführbarkeit des in Paris aufgestellten Plans gegeben sein müssen. Es wurde eingehend die Frage behandelt, ob unsere Handels- und Zahlungsbilanz Ueberschüsse liefern kann, die solche Zahlungen ermöglichen.

Die deutsche Handelsbilanz wies im Jahre 1918 unter Mitberücksichtigung der Durchfuhr bei einer Einfuhr von rund 12 und einer Ausfuhr von nur ganz 11 Milliarden einen Passivsaldo von etwa über eine Milliarde Mark auf. Der Einfuhrüberschuß war je nur dadurch erträglich, daß Deutschland außer den gegenwertigen für die Ausfuhr noch andere Einkünfte aus dem Auslande aufwies, so aus dem im Ausland befindlichen deutschen Eigentum, aus dem Besitz an ausländischen Wertpapieren, aus den Leistungen der deutschen Schifffahrt für fremde Volkswirtschaft. Dadurch floßen Deutschland 1,4 Milliarden zu, wodurch das Passivum der Handelsbilanz mehr als ausgeglichen wurde.

Die deutsche Handelsbilanz im Jahre 1920 kann nur schätzungsweise aufgestellt werden. Danach würde bei einer Einfuhr von 8 Milliarden und einer Ausfuhr von höchstens 5 Milliarden ein Passivsaldo von fast über 3 Milliarden Goldmark sich ergeben, wenn man berücksichtigt, daß dieser Passivsaldo nicht mehr durch neue Aktivposten ausgeglichen wird und daß unsere Zahlungsbilanz durch die beträchtlich vermehrte Anlage ausländischen Kapitals in Deutschland weiter verschlechtert wird. Ein Ausgleich der gegenwertigen Zahlungsbilanz würde eine Steigerung der jetzigen Gesamtausfuhr um 4 Milliarden, das ist nahezu eine Verdoppelung, zur Voraussetzung haben. Die Ausfuhrabgabe von 12 v. H. des Wertes der Ausfuhr würde einen Ausfuhrüberschuß von 1,1 Milliarden Mark erfordern, was eine Erhöhung der Ausfuhr auf 10,3 Milliarden bedeuten würde. Die geforderten Annullationszahlungen für 1921 von 2 Milliarden, später auf 6 Milliarden jährlich steigend, würden die Passivseite der Bilanz wiederum mit 40 v. H. des gegenwertigen Ausfuhrbetrages neu belasten. Sie würden ein Uebersiegen der Ausfuhr von 3,1 Milliarden erfordern, was einem Gesamtausfuhrbetrag von rund 13,1 Milliarden gleichkäme

Als Gesamtergebnis ergäbe sich: eine Erfüllung der Forderung würde eine Steigerung der Ausfuhr auf fast 14 Milliarden, das heißt ungefähr das Dreifache der gegenwertigen zur Voraussetzung haben. Da in dieser Berechnung die Leistungen, die von Deutschland noch außer den in den Pariser Beschlüssen geforderten verlangt werden, noch nicht inbegriffen sind, müßte also Deutschland eine Ausfuhrleistung vollbringen, die die des besten Vorkriegsjahres 1913 noch um mehr als ein Drittel überträte.

Dadurch ist der unumstößliche Nachweis erbracht, daß Deutschland freiwillig die von ihm geforderten Verpflichtungen nicht übernehmen kann.

Zur Lage der deutschen Industrie

Dr. v. d. Broom.

II.

Die Arbeit für den Weltmarkt. — Industrie und Landwirtschaft. — Industrie und Mittelstand.

Die vor dem Kriege von Jahr zu Jahr wachsende Leistungsfähigkeit und Ergiebigkeit der deutschen Industrie gestattete nicht nur eine nach Menge wie Güte zunehmende Versorgung des Heimatmarktes, sondern vor allem auch jenes Aufstretens auf dem Weltmarkt, dessen Gipfelpunkt wir unmittelbar vor dem Kriege vor uns sahen. Der deutsche Gesamt-handel betrug 1914 nicht weniger wie 21 Milliarden Goldmark gegen 7,3 Milliarden Goldmark 1889 und 10,5 Milliarden Goldmark 1900. Deutsche Waren waren dank ihrer mannigfachen Vorzüge, vor allem aber ihrer Billigkeit und Gediegenheit überall zu finden, wohin menschliche Kultur drang. In allen Erdteilen führten sich die Erzeugnisse deutschen

Handelsverkehrs durch ihre Güte ein. Von unserem Gesamt-handelsverkehr entfielen 1913 auf die Einfuhr ins-gesamt 11 Milliarden, auf die Ausfuhr 10 Milliarden Goldmark. Von den eingefuhrten Waren waren etwa 50 Prozent Rohstoffe und Halbfabrikate, 13,7 Prozent entfielen auf Fabrikate und auf Nahrungs- und Genussmittel, Blech etc. 23,3 Proz. Daraus ergibt sich, eine wie große Rolle bei uns die Einfuhr von Rohstoffen spielte. Bei der Ausfuhr traten diese Rohstoffe in Form von Fertigfabrikaten mit 63,3 Proz. wieder in die Erscheinung. Dagegen wurde an Rohstoffen ins Ausland gebracht 26 Prozent, an Nahrungs- und Genussmitteln etc. 10,4 Prozent.

Bei 11 Milliarden Einfuhr und 10 Milliarden Ausfuhr war unsere Handelsbilanz allerdings passiv (d. h. die Einfuhr ist größer als die Ausfuhr). Das hätte sich auf die Dauer an unserer Gesamtwirtschaft rächen müssen, da ein Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr zu einer wachsenden Verschuldung des Inlandes an das Ausland und damit zu einer Verarmung derselben auf die Dauer führen muß. Diese Passivität der Handelsbilanz wurde aber korrigiert dadurch, daß unsere Zahlungsbilanz aktiv war, d. h. unsere Zahlungen an das Ausland waren nicht größer, als umgekehrt die Zahlungen des Auslandes zu uns hin. Einnahmen und Ausgaben glichen sich so gewissermaßen aus. Was infolge der größeren Einfuhr vom Ausland an Einnahmen von dort her zum Ausgleich der Zahlungsbilanz fehlte, wurde herbeigeführt durch unsere Zinsen aus Auslandsguthaben und sonstigen Auslandsposten (deutsche Unternehmungen im Ausland), aus Prämienentnahmen aus dem internationalen Versicherungsverkehr und insbesondere aus Einnahmen aus dem internationalen Frachtgeschäft, die bei der Bedeutung unserer Handelsmarine auf dem Weltmeere und dem großen Umfange unseres Außenhandels recht bedeutsam waren. So kann man denn wohl sagen, daß auch unsere Handelsbilanz in letzter Linie nicht passiv, sondern aktiv war und ein leuchtendes Zeichen für Deutschlands Wirtschaftsgesundheit und starke Wirtschaftskraft.

Will man die Bedeutung der Industrie für unsere Gesamtwirtschaft richtig abschätzen, so muß man ihre Bedeutung, insbesondere auch für die einzelnen Stände zu ermesen suchen, die neben der Arbeiterschaft in unserem Vaterlande vor dem Kriege eine entscheidende Rolle spielten. Das waren insbesondere die Landwirtschaft und Mittelstand. Von wem der große Trugschluß für die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft und damit für die deutsche Gesamtbevölkerung die außerordentliche Entwicklung der chemischen Industrie vor dem Kriege war, ist schon kurz hervorgehoben worden. Hier rührt auch eine Hauptursache, daß wir unsere Landwirtschaft nach den Aberlässen des Krieges aus eigener Kraft wieder aufbauen können. Denn unsere hochentwickelte chemische Industrie ist in der Lage, für unsere Landwirtschaft den Gesamtdüngerbedarf zur Verfügung zu stellen und evtl. noch an das Ausland abzugeben, um so eine erneute Grundlage für die Wiedergewinnung ihrer früheren hohen Erzeugungserträge zu schaffen. Die Frage ist nur die, wie führen wir diese Düngermittel der Landwirtschaft zu einem Preise zu, der ihr den Ankauf derselben und die Vereinstellung für eine ergiebige Erzeugung auch im entsprechenden Maße ermöglicht.

Der Nutzen der Industrie für die Landwirtschaft zeigte sich sodann vor allem auch darin, daß unsere landwirtschaftliche Maschinenindustrie einen hohen Grad der Vollkommenheit in ihren Erzeugnissen erreichte und unserer Landwirtschaft eine außerordentliche Maschinennutzung ermöglichte. Drittens aber führte die Industrie der Landwirtschaft die Kaufkraft von Millionen Arbeitern zu, die in Form zahlungsfähiger Konsumenten der deutschen Landwirtschaft steigenden Absatz bei angemessenen und gewinnbringenden Preisen ermöglichte. Daraus erwuchs umgekehrt aber auch wieder unserer Industrie eine Reihe von Vorteilen. Die in ihrem Warenabsatz gesicherte und gut entlohnte Landwirtschaft wurde so umgekehrt wieder die beste Abnehmerin der mannigfachen Erzeugnisse der Industrielwirtschaft.

Wer die Entwicklung unserer Industrie näher verfolgt hat, der weiß, wie verheerend sie diese in früheren Perioden die immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen waren, die in kurzer Zeit hiezu wieder vernichteten, was in langer Zeit geschaffen und verdient worden war, und die durch Betriebsbeschränkungen, Arbeitslosigkeit mit ihren vielfachen unerwünschten Folgen Unflugsheit und Unflugsheit in das Erwerbsleben hineintrugen. Wenn insbesondere seit dem Anfang dieses Jahrhunderts diese Krisen zuzusagen wegfielen, so war neben dem ausgleichenden Moment, das die Arbeit für den Weltmarkt in sich trug, neben der regelnden Tätigkeit des Verbandswesens, der Kartelle und Syndikate insbesondere auch die ungeschwächte Kaufkraft der Landwirtschaft das erfolgreichste Mittel, auf die Krisengefahr abzuweichen und ausgleichend einzuwirken.

Aus der Mittelstand erfährt in den letzten 15 Jahren vor dem Kriege insbesondere an eigenen Leibe, wie wertvoll für seine Erzeugung und seinen Warenabsatz eine hochlebende leistungsfähige Industrie war. Zwar führte das Aufkommen und Hochkommen der industriellen Erzeugung hier und da zu einer Verdrängung des Handwerks und sonstigen Gewerbes. Aber die Entwicklung hat doch gezeigt, daß von einer solchen Verdrängung im Sinne eines des Erfurter Programms, das seit Jahren dem Klein- und Mittelgewerbe das Totenglocklein läutet, nicht gesprochen werden kann. Neben der unverkennbaren Tendenz zur Ausbreitung des Großbetriebes bleibt die Erscheinung unangewandelt, daß auch den Klein- und Mit-

telbetrieben für ihre Wirksamkeit, ja sogar für eine weitere Ausdehnung noch ein größeres Feld übrig bleibt. Die steigende Verbrauchsmöglichkeit...

Die verstärkte Konsumkraft der breitesten Schichten des Volkes kam ohne Zweifel auch dem Handwerk und Einzelhandel, namentlich in den Großstädten und den Zentren der Industrie wachsend, zugute.

Wegweiser für Arbeitervertreter

Wilhelm Maner.

II.

3. Das Arbeitsrecht.

Der Mangel eines einheitlichen Arbeitsrechts tritt dann scharf zu Tage, wenn man die einzelnen arbeitsrechtlichen Fragen behandeln will. Hierzu gehören der allgemeine Dienstvertrag des Bürgerlichen Gesetzbuches, der Schutz der Arbeit in der Reichsverfassung, die arbeitsrechtlichen Fragen der Reichsgewerbeordnung, die Vergesehe und die Demobilisierungsvorschriften.

4. Der Arbeiterschutz.

Hier interessiert der allgemeine Arbeiterschutz der Reichsgewerbeordnung und der Vergesehe, ferner die besonderen Schutzbestimmungen für Frauen, Arbeiterinnen, Jugendliche, Lehrlinge, Kinder usw. Außerdem die Sonderbestimmungen für die einzelnen Berufe, für gesundheitsgefährliche und lebensgefährliche Arbeiten.

5. Sonstige Rechtskunde.

Auch über sonstige Rechte und Gesetze müssen unsere Vertreter Bescheid wissen. Es sei hier nur erinnert an die einschlägigen Bestimmungen der Reichsverfassung, insbesondere hinsichtlich der Wahrungsvorschriften und Leistungen der Kranken- und Unfallversicherung, namentlich bei Ansprüchen auf Unfallentschädigung ist es oft von großem Wert wenn unsere Vertreter auf der Höhe sind.

erstens: manche Belehrung oder Abfertigung gefallen lassen müssen, was immer unliebsam ist, zweitens: können wir nichts dagegen sagen wenn uns „blauer Dunst“ entgegenströmt und drittens: können wir durch eine gute Rechts- und Sachkunde noch manches gute für die Arbeiterschaft erzielen was bei Unwissenheit oft auf der Strecke liegen bleiben würde.

6. Die Berufsbildung.

Ueber die allgemeine Notwendigkeit guter Berufskennntnisse könnte man allein Hände schreiben und stundenlang reden. In jedem Berufe wird zunächst die Beschaffenheit und die Gewinnung der Rohmaterialien interessieren. Die Eisen- und Metallindustrie bietet uns ein gutes Beispiel hierzu. Wie und woher erhalten wir unsere Erze, die nach der Abfuhr mit anderen Stoffen vermengt im ersten Schmelzprozess das Roheisen abgeben? Wie vollzieht sich der weitere Schmelzprozess zu Eisenhalbzeugstoffen? Welche Schmelzverfahren haben wir gehabt und wie ist die Entwicklung gewesen? Welche Eigenschaften besitzen die einzelnen Verfahren, welchen Einfluss haben dieselben auf die Rohmaterialien und umgekehrt? Wozu wird das Halbzeug weiter verbraucht, wo und unter welchen Bedingungen kann es abgesetzt werden? Bei diesen Fragen stehen wir schon auf dem ungeheuerlich großen Gebiet der Eisenherstellungserzeugung und alles dessen, was davon abhängig ist.

Streiflichter

Die erdrückende Last.

Ueber die Höhe der Abgaben, die Deutschland an die Entente zu zahlen hätte, wenn die Pariser Beschlüsse durchgeführt werden, machte der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz in einem Interview mit einem Vertreter der „Associated Press“ folgende Angaben:

Im 1. Jahre sind als feste Summe zu zahlen 2 Milliarden Goldmark an Ausfuhrzölle (bei der Annahme, daß sich die Ausfuhr auf der im letzten Jahre erreichten Höhe von 6 Milliarden Goldmark hält).

Ferner sind aus dem Friedensvertrag noch zu leisten: Ausgleichszahlungen für das nächste Jahr 0,75 Der Wert der Lieferungen an Benzol, Farbstoffen, Chemikalien, Holz usw. beläuft sich auf 0,4

Endlich betragen die Besatzungskosten nach Eintritt der in Aussicht genommenen Einschränkung 0,25

Bei den Besatzungskosten wird davon ausgegangen, daß Graf Sgorza nach Pressmedlungen erklärt hat, die Besatzungskosten würden auf die Wiedergutmachung angerechnet.

Diese Beiträge ergeben allein bereits die Summe von rund 4 Milliarden Goldmark. Werden die Kohlenlieferungen auf Wiedergutmachung voll angerechnet, so erhöht sich die Summe auf über 5 Milliarden Goldmark. Im ganzen letzten Jahre haben wir für rund fünf Milliarden Goldmark Waren ausgeführt, während der Einjahresbedarf an den notwendigsten Lebensmitteln und Rohstoffen 5 bis 6 Milliarden Mark beträgt.

Würden also die Pariser Beschlüsse in Kraft treten, so verdrängen wir durch die Leistungen genau so viele Devisen, wie wir für Lebensmittel und Rohstoffe benötigen. Die Zahlen geben ein Bild von dem grauenvollen Elend, dem wir entgegengehen, wenn die Pariser Beschlüsse zum Diktat werden sollten.

Arbeitszeit und Pariser Diktat.

Die Bedingungen, die uns die Gegner im Friedensvertrag und besonders auf der letzten Pariser Konferenz aufgelegt haben, drängen unsere Wirtschaft so an den Rand des Abgrundes, daß alle Mittel ergriffen werden müssen, um dem Unheil zu steuern. Die Erkenntnis, daß von allen mehr produziert und gearbeitet werden muß, wenn wir aus dem Elend herauskommen wollen, hämmert selbst den Unabhängigen und Kommunisten auf. Diese Forderung, so notwendig sie ist, darf aber nicht dazu führen, die Arbeitszeit bei denjenigen Arbeiterkategorien erhöhen zu wollen, die in der schweren und gesundheitsgefährlichen Industrie beschäftigt sind und deren Kräfte durch die achtstündige Arbeitszeit schon im höchsten Maße angespannt werden.

Selbst bedeutende wirtschaftliche Gründe können eine Verlängerung der Arbeitszeit dieser Arbeiterschichten nicht rechtfertigen, wie es die P. W. (Nr. 121) in einer a. G. bedauerlichen Unkenntnis in einem Artikel tut, wo sie schreibt:

Den an den höchsten Beschäftigten darf man freilich längere Zeit als acht Stunden täglich nicht zumuten, wohl aber beispielsweise den Arbeitern in den Walzwerken bis zu zehn Stunden, sofern eine halbstündige Pause innegehalten wird.

Wer den Betrieb in einem Walzwerk kennt, weiß, daß die Arbeit im Walzwerk an Schwere, Kraftanstrengung und Einfluss auf die inneren Organe in gar nichts hinter der am Hochofen zurückbleibt, ja in einigen Fabrikationszweigen, z. B. im Warmwalzwerk, die Arbeit am Hochofen übertrifft. Im Walzwerk ist der achtstündige Arbeitstag einfach eine Notwendigkeit und die Frage einer Verlängerung der Arbeitszeit ist überhaupt nicht diskutabel. Wir möchten hier nur ganz kurz den wohlgemeinten, aber äußerst ernstlichen Rat geben: Sünde weg vom Achtstundentag der Schwerarbeiter.

Arbeiterschutz ist Sentimentalität.

Die Moskauer „Pravda“, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, veröffentlicht in ihrer Nr. 4 vom 6. b. M. einen von S. Kavlun geschriebenen Artikel, der eine außerordentlich scharfe Kritik der Lage des Arbeiterschutzes in Sowjetrußland enthält. Der Artikel erklärt, daß sogar in den leitenden wirtschaftlichen und industriellen Zentralstellen der Sowjetrepublik eine allzu gleichgültige und sogar a. h. L. e. n. b. e. Stellung zu der Frage des Arbeiterschutzes herrsche. Vielfach werde der Standpunkt vertreten, daß die Gedanken des Arbeiterschutzes gegenwärtig eine philanthropische Sentimentalität darstellen, die sich mit der Hauptaufgabe des Augenblicks, nämlich der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, nicht vertrage. Das Ergebnis sei, daß aus allen Ecken Rußlands, aus den Betrieben, Gewerkschaften, Jugendverbänden usw. Hilferufe wegen der schlimmsten Vernachlässigung der Grundprinzipien des Arbeiterschutzes und wegen der häufigen Verletzung der entsprechenden Gesetze laut werden. Nicht selten sind die Fälle, wo auch leicht erfüllbare und für die Erhaltung der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter unbedingt notwendige Forderungen von Seiten der wirtschaftlichen Organe völlig vernachlässigt werden. Durch dieses Verhalten werden lebhaft die entgegengelegten Verhältnisse erzielt.

Die Überstunden, die häufig ohne ernste Notwendigkeit und in ungeheuerlichem Umfang eingeführt werden, der Mangel an Feiertagsruhe, die Nichtbeachtung der Gesetze über den Schutz der Kinder- und Frauenarbeit haben nur eine Erhöhung der Krankheits- und Unfallszahlen und des Arbeitskassas unter der Arbeiterschaft, frühe Invalidität, erhöhte Sterblichkeit und Zunahme der allgemeinen beruflichen Erkrankungen im Gefolge.

Sehr stark habe sich die Zahl der Unfallsfälle wegen des nachlässigen Verkehrs zur Sicherung der geschriebenen Maschinen und Maschinenteile gesteigert. Die gesundheitsgefährlichen Zustände in den Betrieben erreichen einen unanfechtbar hohen Grad, es werden nicht einmal die einfachsten Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter vor den beruflichen Schädigungen (Stößen, Stößen, Staub usw.) getroffen. Die „Pravda“ verlangt schärfste Abhilfe auf diesem Gebiet.

Es sieht es im gedruckten Sowjetstaat aus. Die deutschen Arbeiter müßten Narren sein, wenn sie die Kommunisten Herrschaft auch in Deutschland eingeführt haben wollten.

Aus der Wirtschaft.

Uebersättigung des französischen Kohlenmarktes.

Frankreich erhielt im Oktober 1920:

Table with 2 columns: Source (Aus England und Amerika, Aus Deutschland, Aus der Kohlenförderung in Frankreich selbst, Aus dem Saarrevier) and Amount (1 417 000 T, 1 371 000 T, 1 650 000 T, 350 000 T). Total: 5 088 000 T.

Im ganzen 5 088 000 T.

Das ergibt über 60 Millionen Tonnen jährlich gegenüber einem Kohlenverbrauch von 54 1/2 Millionen im Jahre 1912.

Daß Frankreich unter diesen Umständen am 14. Januar 1921 die Kohlenbewirtschaftung aufgehoben hat, erscheint verständlich. Deutschland kann ja sehen, woher es seine Kohlen nimmt.

*

Deutschlands und Englands Handelsbeziehungen.

Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und England machen nach der englischen Außenhandelsstatistik gute Fortschritte, vor allem wächst Deutschlands Ausfuhr nach England schnell an. Die Ein- und Ausfuhrzahlen für das 1., 2. und 3. Vierteljahr 1920 ergeben sich aus der folgenden Uebersicht in 1000 Pf. St.

Table with 6 columns: Zeitraum, Einfuhr aus Deutschland, Ausfuhr nach Deutschland, Einfuhr aus England, Ausfuhr nach England, Differenz. Rows for 1st, 2nd, 3rd, 4th quarters and total year.

Die Neugründungen und Kapitalerhöhungen.

von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung im Deutschen Reich haben in den letzten Monaten des Jahres 1920, der Konjunkturstärkung der Industrie und dem gestiegenen Geldwert entsprechend, eine außerordentliche Zunahme erfahren. Bescheinigt wurde diese Entwicklung einerseits durch das Bestreben, der Ueberforderungsgefahr der deutschen Industrie vorzubeugen, und zum anderen dadurch, daß seit dem 15. Oktober 1920 die staatliche Genehmigung für Kapitalerhöhungen und Gründungen von A.-G. und G. m. b. H., deren Grund- oder Stammkapital 300 000 M. übersteigt, nicht mehr erforderlich ist.

Im Dezember 1920 wurden im Reichsanzeiger bekanntgegeben: Gründungen

- von 36 A.-G. mit einem Grundkapital von nominell 158,0 Mill. M. im Kurswert von 160,2 Mill. M., ausgegeben in Stammaktien von nominell 157,9 Mill. M. im Kurswert von 160,1 Mill. M. und in Vorzugsaktien von nominell 0,1 Mill. M. im Kurswert von 0,1 Mill. M. und 1001 G. m. b. H. mit einem Stammkapital von 168,0 Mill. M. Kapitalerhöhungen

- von 298 G.-G. mit einem Gesamtbetrag von nominell 1334,9 Mill. Mark im Kurswert von 1277,5 Mill. M., ausgegeben in Stammaktien von nominell 1204,6 Mill. M. im Kurswert von 1495,9 Mill. M. und in Vorzugsaktien von nominell 130,3 ill. M. im Kurswert von 131,6 Mill. M. und 215 G. m. b. H. mit einem Gesamtbetrag von 105,6 Mill. M.

Demnach wurde für Gründungen neuer G. m. b. H. etwas mehr Kapital in Anspruch genommen als für Gründungen neuer A.-G. Dagegen sind die Kapitalerhöhungen bei den A.-G. ganz bedeutend höher als bei den G. m. b. H.

Im Jahre 1919 wurden nominell 585 Mill. M. bei der Gründung neuer A.-G., 417,1 Mill. M. bei der Gründung neuer G. m. b. H. beantragt. Die Kapitalerhöhungen beliefen sich in demselben Jahre bei A.-G. auf 1064,8, bei G. m. b. H. auf 192,1 Mill. M. Im Dezember 1920 war also die Gesamtsumme der für Gründungen und Erhöhungen ausgegebenen Kapitalbeträge bei den A.-G. fast 2 mal so groß wie im ganzen Jahre 1919; bei den G. m. b. H. erreicht sie nahezu die Hälfte der Jahressumme von 1919.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 27. Februar, der 10. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 27. Februar bis 6. März.

Es erdeten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge: 1. Klasse 5 M., 2. Klasse 4 M., halbe Beitragklasse 2,80 M., Jugendklasse 1,20 M., Delegiertenmarken 1 M.

Mitteln a. d. Ruhr. Ab 10. Beitragswoche: 1. Klasse 5 M., 2. Klasse 4 M., halbe Beitragklasse 3 M., Jugendklasse 1 M., Delegiertenmarke vierteljährlich 1 M.

Mittelrhein. Oberhausen. Sterkrade. Ab 1. März: 1. Klasse 5 M., 2. Klasse 4 M., halbe Beitragklasse männliche 3 M., weibliche 2., Beitragsklasse 1 M.

Vortmund. Ab 1. März: 1. Klasse 5 M., 2. Klasse 4 M., 3. Klasse 3 M., 4. Klasse 1 M., Delegiertenmarke pro Quartal 1 M.,

Niesfeld. Ab 10. Beitragswoche: 1. Klasse 5 M., 2. Klasse 4 M., halbe Beitragklasse 2 M., Jugendklasse 70 Pf.

Wichtig! Die Entziehung der statutarischen Rechte zur Folge.

Verbandsgebiet

Mittelrhein-M Ruhr. In der Spartaführungsstelle Mittelrhein hat die christliche Arbeiterschaft bei der Gewerkschaftswahl einen schönen Erfolg erzielt und hat drei, wie erwartet, vier Vertreter erhaltet. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen sehr schlecht. Auf die christlichen Gewerkschaften entfielen 812 Stimmen, sozialistischen Gewerkschaften 921, Christlich-Sozialer 216, Arbeiter-Union 501 und Angestellte 29 Stimmen. Die Mandate verteilten sich so, daß den christlichen und sozialistischen Gewerkschaften je 4 Sitze zufallen, während die übrigen sich in die weiteren 4 Sitze teilen. Derzeit hat sich die christliche Arbeiterschaft als Minderheitsgruppe am aktivsten gezeigt und beteiligt. Das Ergebnis der Union, die unabweislich bisher die größere Nachbarschaft hatte, ist, wie bitterem Sinn und Verständnis in unterirdischen Arbeiterkreisen für wichtig bedeutsam — aber in der Weise sich verhalten, die Arbeiterinteressenvertretung vorhanden ist. Wenn es sich darum gehandelt hätte, das Rotband zu stürzen, oder sonst ein Scherbenstück anzufrachten, würde die Union wahrscheinlich mehr auf die Arbeit gebracht haben. Da diese Möglichkeiten vorüber sind — flücht es bei den radikalen Herrschenden nicht mehr. Für die sozialistischen Gewerkschaften ist das Resultat nach dem Urteil der sozialdemokratischen „Kommunisten“ schlecht — sie kehrten in Mittelrhein aus der schiefen Position. Nebenbei ist Radikalismus nicht eben im Vordringen und Verkümmern aller positiven, sozialen und gewerkschaftlichen Arbeiten.

Singen a. S. Der Kampf zwischen Mehrheitssozialdemokraten, Rosa Luxemburg und U.S.R. im roten Metallarbeiterverband hat hier äußerst harte Formen angenommen. In einem Punkte jedoch sind die beiden „Brüder“ einig: In der Verdrängung des christlichen Metallarbeiterverbandes. Das hat so weit die letzte Lohnbewegung gebracht. Als zum Schlichtungsversuch waren die beiden Verbände einig. Dann aber ging der Radikalismus der Schlichtung nicht weit genug. Sie verlangten die Ablehnung des Schlichtungsversuchs und unumgängliche Verhandlung mit den Unternehmern auf Grund der unbedingten eingetragenen Forderungen. Die Geschäftsführung des roten Verbandes sah seiner Betriebsräte, die am Tage vorher den Spruch unter der Voraussetzung, daß den Betriebsräten noch 10 Pfennig mehr pro Stunde gegeben werden sollte, zur Annahme empfohlen wollten, brachten den Rat nicht auf, ihr Wort wahrzunehmen. Kurzum, die Radikalen ließen sich nicht überreden, die weitere der Masse. Aber man hatte auch bei der Geschäftsführung des roten Verbandes nicht den Mut, den Beschluß der „großen Masse“ den Arbeitgebern zu unterbreiten. Unser Verband dagegen setzte sich mit den Unternehmern sofort in Verbindung, und erklärte, daß sie den Schlichtungsversuch annehmen würden, wenn alle Arbeiter über 21 Jahre und Betriebsräte eines um 10 Pf. höheren Stundenlohn einigten, als der Schlichtungsversuch vorsah. Nach langer und vieler Mühe erreichten wir, daß diese Forderung am 15. 12. 20 von den Unternehmern angenommen wurde. Der rote Verband wollte unseren Verband verdrängen und nimmt ein Wort Kleinliches, dazu auch unabweislich Mittelchen: Unsere Sekretäre hätten schon am 15. 12. nachrichten. Tatsache ist, daß die Unternehmern noch nicht am 21. 12 im Besitz des Lohnabkommens mit unserer Unterstützung waren. Inzwischen hatte der rote Verband aus Verbindungen nachgefragt, ohne Forderungen gestellt zu haben. Die Unternehmern lehnten ab, und jetzt mußte die Masse wieder entscheiden. Aber Streik oder Ausbebung des auf Forderung des Christl. Metallarbeiterverbandes bis verbesserten Schlichtungsversuch. Die 4 Mehrheitsmitglieder am Streik lau nach aller Vergebung nicht zu Hause.

Es gibt sich, daß der Radikalismus wohl läßt die Arbeiter, jedoch im Unklaren zu lassen, aber nicht läßt die positive Erlöse für die Arbeiterschaft herauszutragen. Die Arbeit überließ man den „Partei“ Vertretern, die auch positive Erlöse für die gesamte Arbeiterschaft erzielten. Heute es so gekommen, wie die „Geschichten“ es wollten, dann hätten die Arbeiter auch bis heute noch nicht einen einzigen Pfennig über die Höhe des Schlichtungsversuchs hinaus erhalten, sie hätten das herrliche Los der Schwabacher Arbeiter teilen müssen.

Ob die Geschäftsführung des roten Verbandes aus diesen Tatsachen gelernt hat, weiß man in Zukunft etwas vorzüglicher mit der Konzeption an die radikale Straße sein muß? Aufzudeckend nicht was folgender Vorgang zeigt:

In Etodach, welches auch zum hiesigen Industriegebiet gehört, hatten die christlich-germanischen Arbeiter unter der Herrschaft einiger Radikaler zu leiden.

Denn kein Arbeiter durfte, auch wenn er frei stromiert war, einer Personalbüro beizutreten, die eines Christl. oder aber auch bürgerlichen Charakter tragen, ohne dafür einen Tag gelohnt und versorgt zu werden. Als aus der Arbeiterzeitung der Firma Ruhr in Etodach davon Wind bekommen wurde, daß ein sozialistisch organisierte Arbeiter beim Unterichtsleiter der christlichen Gewerkschaften beizutreten hatten, wurde eine Betriebsversammlung einberufen. In dieser wurde beschlossen, die beiden Schlosser Heide Karl und Dehner müßten wegen Nichtbeachtung des Status des sozialistischen Metallarbeiterverbandes von der Firma entlassen werden. Sonst würde die Arbeiterschaft mit diesen beiden Arbeitern nicht mehr zusammen arbeiten.

Dieser Beschluß wurde am 1. März dem Betriebsratsvorsitzenden der Firma überbracht und sofortige Antwort verlangt. Die Firma hat sich aber Weidenheit aus, daraufhin wurde am Freitag einiger Radikaler die Arbeit niedergelegt. Die Tatsache wurde der Firma dem Betriebsratsvorsitzenden in Eigenheit als „Frauenmann“ mit der Mitteilung: „Sie werden auf Grund beigen“, mitgeteilt; worauf der Arbeiterrat zusammengerufen wurde. Diesem mußte erst von dem anzuwendenden christlichen Gewerkschaftsvertrage das Betriebsratsgesetz und auch die Statuten des Deutschen Metallarbeiterverbandes auseinandergesetzt werden. Selbst dem meisten Bevollmächtigten des roten Verbandes wurde die Wichtigkeit der Handlungweise der Arbeiter nicht genügend erklärt. Er betonte, daß das Verbot der christlichen Gewerkschaften nicht ohne wichtigen Grund auf die Straße gehen. Was ist nun der Arbeiterrat? Er bewirkt nachmals eine Betriebsversammlung ein, damit die Arbeiter, welche dem Komitee vorbringen sollte in wiefern diese Arbeiter gegen die Betriebsinteressenvertretung verstoßen hätten.

Wenn trotz allem Gemüts bleiben die beiden Arbeiter fest und traten mit noch vielen anderen in den Christlichen Metallarbeiterverband über, da man die Freiheit, die bisher im sozialistischen Lager genossen wurde, reichlich laut hatte.

Es mag für die Herren des sozialistischen Metallarbeiterverbandes nicht angenehm gewesen sein, daß ihre Mitarbeiter sich an einen christlichen Gewerkschaftsverband wenden müssen, der für den Gewaltigen der eigenen Verbundkollegen schämen muß.

Das mehrheitssozialistische Organ verurteilte diesen Terrorfall der Deutsche Metallarbeiterverband hier dessen Führung sich die Mehrheitssozialisten und Kommunisten teilen.

Die „Mollatier“ sind auch hier heute noch Trumpf im sozialistischen Metallarbeiterverband, trotz aller Resolutionen im Vorjahr. Wir erkennen mit jedem Tage mehr, daß der „Kaiser“ durch die „kommunistischen Kleinfische“ sehr gelitten hat und über kurz oder lang zusammenbricht. Dann wird aber unter dem Band der Kommunisten sein, bei allen Stürmen von links und rechts zum Trop, die Arbeiterschaft aus Rot und Glend führt, und ihnen einen verantwortungsvollen Weg am Wiederaufbau unserer Politik zeigt.

Capen. Am 30. Januar d. J. fand die diesjährige Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes statt. Vor zahlreicher Zahl von Teilnehmern trat er sich als fast zu klein erhaltene der Vorsitzende den Jahresbericht. Er betonte, daß das verlassene Jahr sehr bewegt gewesen, die Ortsgruppe aber an Ansehen und Bedeutung sowie an Zahl der Mitglieder gewonnen sei.

Kolleg Jos. Dericum gab Bericht in seinen Ausführungen einen interessanten Einblick auf die Entstehung und Entwicklung unserer Ortsgruppe. Klar und deutlich stiegen den lautstarken Zuhörern Bilder auf aus alten Tagen, bis Redner in die Zeiten kam, wo sie selbst mit dabei waren.

Den Höhepunkt erreichten die Ausführungen, als nochmal die Ereignisse des letzten Jahres beleuchtet wurden. Am Mittelpunkt stand die Lohnbewegung im Stahl- und Gummiwerk, welche nach dreiwöchentlichem, in guter Haltung durchgeführten Streik, mit vollem Sieg für uns endete, und zur Folge hatte, daß auch in anderen hiesigen Betrieben, per Zeit zurückgekehrt. Verhältnisse gewannen wurden. „Bum“ zeigten sich am Ende des Jahres wieder arische Schwierigkeiten, hervorgerufen durch die Verengung der Grenze. Doch habe man es verstanden, die Praxis aufzuschieben.

Viel Opfer und Arbeit erforderte die Warte des vorigen Jahres eintretende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Dies wirkte hier besonders schwer, als eine Verschärfung der Vorschriften anberaumt nicht in Frage kommen, in Deutschland aber infolge der Pächterkrisen und Valma-Verhältnisse schlecht bewerkstelligt werden konnte.

Indem der Redner auf die klar ersichtlichen Erfolge treuer Anlagennarbeit hinwies, endete er mit den besten Wünschen für das gute Gedeihen unserer Sache.

Mit herzlichsten Worten dankte der Vorsitzende, unter lautem Beifall, für die Wünsche und beredeten Ausführungen und versprach im Namen aller Kollegen, auch in Zukunft stets treu zum alten Verband zu stehen, welcher deren Aufgabe die besten Kräfte zu weisen, welches durch einmütiges Erheben aller Anwesenden von ihren Plätzen bezeugt wurde.

Ein Antrag für den Beitritt in der in Belgien eingeführten Arbeitslosenversicherung, zu dem Kollegen Dericum die nötigen Erläuterungen gab, wurde angenommen.

Darauf fand die Vorstandswahl statt. Als älteste Anerkennung wurde der die Vorstand wieder vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Für einzelne auscheidende Mitglieder fanden Ersatzwahlen statt.

Nach 2 1/2 stündiger Dauer endete so die Versammlung, dem ganzen versammelten Jahre den Stempel aufdrückend. Lob und Anerkennung den älteren Kollegen für ihre treue Pflichterfüllung, den jüngeren aber ein Ansporn zur Nachahmung.

Branchenbewegung

Kas der Kettenindustrie

Am Montag, den 14. d. Mts haben in Dortmund von einem unparteiischen Schlichtungsversuch unter Vorsitz des stellvertretenden Reichs- und Staatskommissars Alfredmann Verhandlungen mit dem Deutschen Kettenverband stattgefunden. Der deutsche Kettenverband erklärte, jede Lohnbewegung mit Rücksicht auf die außerordentlich schlechte Lage der Industrie aussetzen zu müssen.

Der weitere Stand wurde angeführt, daß die Lage in der Kettenindustrie nicht so hoffnungsvoll anzusehen werden dürfte als dieses letztes des deutschen Kettenverbandes jetzt geistete. Jedemfalls sei es doch eigenartig, daß jetzt Werk, die nicht dem deutschen Kettenverband angehören, Anträge in Höhe und Stelle bitten. Man müße deshalb nachfragen, zu der Lieferzeugung kommen, daß der deutsche Kettenverband keine Veranlassung zu hoch gestellt habe. Der Mangel an Absatz würde sich daher sehr bald beheben lassen, wenn der deutsche Kettenverband dazu übergehen würde, für seine Erzeugnisse einen Preisabbau einzusetzen zu lassen. Keinesfalls könnten wir gelten lassen, daß die Arbeitslöhne den Mangel an Absatz auch noch mitzuschleppen. Letzte ist, daß auch jetzt Werk, die nicht dem deutschen Kettenverband angehören und noch höheren Löhnen die Ketten bis zu 20 Prozent höher verlangen, den vollen Tariflohn zahlen.

Überhaupt der hohen Löhne, die von Arbeitgebern angeführt werden, seien zu bezweifeln, daß dieselben nur erreicht werden könnten, indem die Kettenwerke weit über die tariflich festgelegten Durchsatzleistungen produzieren.

Es wurde der aus dann auch darauf hingewiesen, daß die Bezahlung der Kettenarbeiter nicht den Bedingungen des Tarifvertrages entsprechen und daß ferner für die Ketten unter 13 Millimeter untere Gradens nach derselben Regelung getroffen werden müsse, wie für die Ketten über 13 Millimeter getroffen werden. Der Schlichtungsversuch wurde von uns gebeten, auch in diesen Fragen Stellung zu nehmen.

Nachdem die Verhandlungen 2 1/2 Stunden gedauert hatten, zog sich der Schlichtungsversuch zurück und löste sich fast stündiger Beratung folgenden Schlichtungsversuch:

1. Die Löhne sämtlicher Kettenarbeiter, Hilfswärter und Arbeiterinnen und auf Grund von Durchsatzleistungen so festzusetzen, daß der ortsübliche tarifliche Durchsatzleistungen ausreicht bei Arbeitsbedingungen erreicht wird.

2. Kettenarbeiter erhalten auf die Lohnhöhe der Betriebsarbeiter einen Zuschlag von 25 Prozent, bei Berechnung des Kols von 12,50 Mark je Zentner.

3. Der zwischen den Parteien abgeschlossenen, von den Arbeitnehmern zum 31. 12. 1920 geländigte Tarifvertrag wird vom 1. 1. 1921 wieder in Kraft gesetzt.

4. Die weitergehenden Forderungen der Arbeitnehmer werden abgelehnt.

Begründung

Im vorliegenden Falle war zwar zu prüfen, ob die in der Kettenindustrie geübten Löhne nicht zu hoch für die Arbeiterschaft, um daraus den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Ferner ob im Kettenindustrie die geübte Erhöhung der Stücklohnhöhe um 20 Prozent gerechtfertigt erscheinen könnte. Nach Angabe der Kettenindustrieverände soll der durchschnittliche Durchsatzleistung rund 7 M. pro Stunde betragen, während die Arbeitgebersvertreter noch wesentlich höhere Durchsatzleistungen angeben. Zum anderen hätte der Schlichtungsversuch die Frage nach dem Stande und der Leistungsfähigkeit der Industrie einer Prüfung zu unterziehen. In der ersten Phase sollte der Schlichtungsversuch fest, daß in einer Reihe wichtiger Betriebe ein Durchschnitts-Arbeitsverdienst von 8,40 M. bis 9,55 M. und noch darüber hinaus verbüßt worden ist. Zum anderen müßte nach den Darlegungen der Arbeitnehmer angenommen werden, daß der Wirtschaftswachstum nur sein und bis Absatz- und Konkurrenzverhältnisse noch weniger gut sind. Nach alledem erließen dem Schlichtungsversuch die Forderung nach einer generellen Erhöhung der Stücklohnhöhe nicht als gerechtfertigt. Damit jedoch alle Arbeiter und Arbeiterinnen das Existenzminimum erreichen, wurde festgelegt, daß die Löhne so festzusetzen sind, daß der örtliche tarifliche Durchschnittslohn erreicht wird. Die weitergehenden Forderungen der Arbeitnehmer wurden nach Lage der Verhältnisse abgelehnt werden.

Die Forderungen der Kettenindustrie sind also in der Hauptsache abgelehnt worden. Auch in der Frage der Kettenarbeiter Löhne in der Verengung der Ketten unter 13 Millimeter hat der Schlichtungsversuch nicht die gewünschte Klarheit gebracht und auch wohl nicht bringen können, da es ja für den Schlichtungsversuch außerordentlich schwierig war, sich in die besonderen Einzelheiten eines Branchenbetriebes hinein zu versetzen.

Die Ketten, die sich für die Kettenindustrie aus diesen Verhandlungen ergeben haben, sollen in einer demnächst stattfindenden Kettenindustriekonferenz unseres Verbandes eingehend besprochen werden. Wir haben fordern wir unsere Kollegen auf, ruhig an der Arbeit zu bleiben und sich zu keinen unüberlegten Schritten hinreißen zu lassen. Nur durch Ausdauer und feste gewerkschaftliche Disziplin wird es möglich sein, die Interessen der Kettenindustrie wahrzunehmen zu können und den Tarifvertrag weiter auszubauen.

Table with 2 columns: Location and Price/Value. Includes entries like Trier 1000, Oberkirch 482, Breslau 80.40, Heilbrunn 124.10, etc.

Mehrere selbständige Karosseriespängler sowie jüngere Blechschlosser und Spängler

welche sich im Karosseriefach erarbeiten wollen, werden sofort für einen aufgenommen. Ausländische Zuschriften mit genauer Angabe der bisherigen Tätigkeit, sowie Zeugnisabschriften sind zu richten an die Oesterreichische Wallenau-Werk-Gesellschaft, Automobil-Abteilung Wien Oestl.

Westfälisches Drahtstoffabrik sucht zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen, energischen Meister. Derselbe muß mit der Drahtstoffabrikation durchaus vertraut, möglichst gelernter Werkzeugmacher, und in d. Lage sein, Leute im Maschinenstellen anzulernen und dem Betrieb leistungsfähig vorsetzen können. Angebote unter Angabe der Gehaltsansprüche, des Eintrittstermines und Einreichung von Zeugnisabschriften unter 77 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.